Um was es bei den Präsidentschaftswahlen geht

Die Nebel verflüchtigen sich. Trotz aller Manöver — Scheinangriffe „gegeneinander", eventueller Aufstellung eigener Kandidaten im ersten Wahlgang usw. — wird es klar sichtbar, daß die ganze faschistische Front von der SPD. bis zur NSDAP. die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten betreiben. Eifrig aber sind jedoch die Wels und Hitler bemüht, die **entscheidenden** Absichten und Ziele der Hindenburgaktion mit neuem Nebel zu verhüllen. Die Massen sollen, so möchten es der „Vorwärts" und der „Angriff", nur den Stimmzettel und die Abstimmungstage, die erste und die zweite Wahl, sehen und nicht merken, was **vorher, nachher und währenddessen** das Kapital in den Betrieben und Stempelstellen, in den Städten und Dörfern gegen die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen durchführen will.

Um was geht es?

Die Katastrophe der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands nimmt ihren Fortgang. Alles auf die Massen abwälzen, Auswege auf Kosten der Massen suchen, sie von der Gegenwehr abhalten, sie verwirren und vor den Wagen des Kapitalismus spannen — das ist das A und O der Politik der Bourgeoisie, ihrer Regierung und ihrer sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Prokuristen. Eine neue Offensive der Unternehmer und des kapitalistischen Staates setzt auf der ganzen Linie ein. Der „allerletzten" vierten Notverordnung ist die über die Zollerhöhung gefolgt. In den Betrieben werden durch alle möglichen Methoden **die Löhne** noch über die 10—15prozentige Januarsenkung hinaus weiter gekürzt. Allein im Ruhrbergbau werden je 5000 **Arbeiterentlassungen** für jeden der beiden Halbmonate des Februar und März angekündigt. Das Reichskabinett will sich in einer der nächsten Sitzungen auch mit der „**Sozialreform**" beschäftigen, es soll eine „Vereinheitlichung" der Erwerbslosenunterstützung erfolgen, worunter die Herabsetzung auf den Stand der Wohlfahrtssätze zu verstehen ist. Auch in der **Invaliden- und Unfallversicherung** sind außerordentliche Verschlechterungen beabsichtigt. Die Großagrarier verlangen **neue Zölle** auf Oele und Fettstoffe, durch die die Margarine und Butter verteuert wird. Dazu kommen andere, weittragende Pläne, die in den Wirtschaftsteilen der bürgerlichen Presse, gespickt mit Fachausdrücken und Fremdworten, die die Arbeiter nicht verstehen sollen, „zunächst diskutiert" werden. Die Ereignisse im Fernen Osten, der Krieg Japans haben die deutschen Kapitalisten aufhorchen lassen. Der Chemietrust überschlägt schon die möglichen Kriegsgewinne, die Hamburger Reeder lassen die Gelegenheit nicht ungenützt verstreichen und wünschen nichts sehnlicher als offene Munitionstransporte in größtem Ausmaße. Und hinter den Kulissen erörtern die deutschen Imperialisten — nicht zum erstenmal seit 1918 — ob der Zeitpunkt für gemeinsame Interventionen mit den Ententestaaten gegen die Sowjetunion schon günstig und rentabel ist.

Diese wirtschaftliche Offensive gegen die Arbeiterschaft, diese imperialistischen Treibereien werden getragen von **allen** bürgerlichen Parteien, an der Spitze das Zentrum, neben ihm als seine Hauptstütze die SPD. und dazu die Nazipartei. Der Ausdruck dieser **außerparlamentarischen Klassenfront der kapitalistischen Kräfte** ist die von ihnen gemeinsam betriebene Kandidatur Hindenburgs. Das deutsche Kapital und seine Helfer präsentieren ihre Gesamtinteressen in Hindenburg. Die Kampagne für Hindenburg hat den Zweck, möglichst viele Arbeiter und Angestellte, Kleingewerbetreibende und Kleinbauern ins Lager des Kapitals zu führen. Statt sich gegen die außerparlamentarische Offensive der Ausbeuter zur Gegenwehr zu setzen, sollen die Arbeiter mit ihren Klassenfeinden gemeinsam „Es lebe Hindenburg" rufen und dabei Sozialabbau und Kriegspolitik schlucken, wissährig Hunger und Elend auf sich nehmen. Die „**Volksgemeinschaft**" um Hindenburg soll die Klassengegensätze verschleiern und den proletarischen Klassenkampf unterbinden.

So ist die **Propaganda und Wahl Hindenburgs** in Wirklichkeit für die Bourgeoisie der **Mantel ihrer Angriffe gegen die Arbeiterklasse.**

So muß auch für die Arbeiterschaft, soll sie nicht unterliegen, **die außenparlamentarische Gegenaktion das entscheidende** sein. Ihr Gegenkräfte zur Abwehr des Lohn- und Sozialabbaus und der imperialistischen Gefahren entfalte die Arbeiterklasse nicht durch die Abgabe eines Stimmzettels, sondern **in den Betrieben**, auf den **Stempelstellen**, in Massenversammlungen und Aufmärschen. Der Ausdruck **ihres** Klassenwillens ist die rote Präsidentschaftskandidatur **Thälmanns!** Die Proletarier kämpfen unablässig für ihre Forderungen und propagieren und organisieren die Stimmabgabe für ihren Kandidaten als **Bekenntnis** zu diesem Kampf. Nicht im entferntesten steht die Frage, ob der rote Kandidat auf Grund der Papierzettel am Abstimmungstage Präsident wird. Es geht vielmehr darum, daß die Millionen, die für **Thälmann** stimmen, damit ihren **Willen bekennen**, durch ihre Geschlossenheit und Entschlossenheit im außenparlamentarischen Klassenkampfe ihre Forderungen durchzusetzen. **Formierung der roten Einheitsfront, ununterbrochener, gesteigerter Massenkampf, manifestiert am Wahltage durch die Stimmabgabe für Ernst Thälmann als Kriegserklärung an die Bourgeoisie, das ist die zum Erfolg und zum Sieg führende Politik der Arbeiterschaft.**

Das ist es auch, wovor die Kapitalisten und ihre Agenten zittern. Sie wissen ganz gut, daß die Millionen des Proletariats, unter ihnen hunderttausende sozialdemokratische Arbeiter, zwischen Hindenburg und Thälmann zu wählen verstehen werden — zu wählen nicht allein im Sinne des Abstimmens, sondern in erster Linie im Sinne der Entscheidung für den außerparlamentarischen Klassenkampf. Nichts fürchten die Duisberg, Grönner, Leipart, Imbusch, Goebbels mehr als die außerparlamentarische Kraftentfaltung der Arbeiter im Zeichen der roten Kandidatur Thälmanns. So ist es zu verstehen, wenn der „Vorwärts" vom 10. Februar im Namen der Hindenburgfront den Leitartikel von den „Feinden im Rücken" schrieb, der in dem Schreckensschrei gipfelt, daß die Kommunisten

„die Parole ausgeben, daß ihre Wahlagitation **gleichzeitig zum außenparlamentarischen Kampf führe** ... Sie wollen während des Wahlkampfes **Teilstreiks** organisieren als Hebel zu politischen Massenstreiks, **Lohnstreiks mitten während des Wahlkampfes.**"

Die Hoffnung der faschistischen Front ist somit: daß es gelingt, die Massen durch allerlei Manöver um Hindenburg zu sammeln, und so leichter außenparlamentarisch weitere, soziale Verschlechterungen in größtem Ausmaße und imperialistische Maßnahmen durchzuführen.

Demgegenüber ist die Stärke der **roten Einheitsfront**: Im außenparlamentarischen Kampfe für ausreichenden Lohn und Unterstützung, für die Verteidigung der USSR., für Brot, Arbeit und Freiheit in einheitlicher Klassenfront vorwärts zu marschieren — die Millionenzahl von Stimmen für den roten Klassenkandidaten Thälmann als Ausdruck proletarischen Kampfwillens und proletarischer Siegesentschlossenheit.

Konkret besteht die außenparlamentarische Kampagne der Arbeiterklasse darin:

1. **Stellungnahme und Beschlußfassung** in den Betrieben, Stempelstellen, Büros usw. für alle, für die kleinen und großen, wirtschaftlichen und politischen, proletarischen Forderungen. Streik gegen Lohnabbau, Kampf gegen Sozialabbau, Beobachtung der Kriegstransporte.

2. Bildung von **Einheitsausschüssen**, bestehend aus kommunistischen, sozialdemokratischen, parteilosen und bisher von den Nazis irregeführten Proletariern; deren Aufgabe die Sammlung der Massen, die Propaganda und die Wahlhilfe, die Massenmobilmachung ist.

3. Aufbau und Ausbau der antifaschistischen Gruppen des roten Massenselbstschutzes in den Betrieben und Arbeitervierteln.

Außenparlamentarisch sollen alle Entscheidungen, werden alle Erfolge errungen. Die Aktionen der Ausbeuterklasse stehen im Zeichen Hindenburgs. Die außenparlamentarischen Gegenaktionen, die Erfolge und der **Sieg der Arbeiterklasse** stehen im Zeichen der roten **Einheitsfront** und der roten Arbeiterkandidatur **Thälmanns.**

SPD-Polizeipräsident in Berlin droht mit:

Verbot aller Arbeiterversammlungen

Naziprovokationen sollen Anlaß zum Verbot geben

Am Donnerstagabend wollten die Berliner Nazis in 23 Versammlungen die Erwerbslosen für die großkapitalistische Sozialpolitik ihrer Partei einfangen. Die Berliner Erwerbslosen gaben diesen Lakaien der Thyssen und Borsig, diesen Trabanten der imperialistischen Raubmächte, eine klare ablehnende Antwort. Der überwiegende Teil der Versammlungen fand unter Ausschluß der Erwerbslosen statt, die SA-Banden blieben unter sich. Ein Teil der Versammlungen wurde von den Erwerbslosen, als die Nazis sie tätlich angriffen, vorzeitig beendet.

Diese Tatsache hat der **sozialdemokratische Polizeipräsident** Grzesinski zum Anlaß genommen, um in einem Schreiben **an die Kommunistische Partei ein allgemeines Versammlungsverbot für die KPD** anzudrohen. Dieses Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Der Brief Grzesinskis

Berlin, 12. Februar 1932

Der Polizeipräsident
I' 24[00]
An die Kommunistische Partei Deutschlands

Berlin C 25
Kleine Alexanderstr. 28

Die Vorgänge in den letzten Tagen haben erkennen lassen, daß von seiten Ihrer Parteiangehörigen planmäßig öffentliche politische Versammlungen anderer Parteien **gestört** und die Abhaltung der Versammlungen zum Teil unmöglich gemacht worden ist. Sollten sich diese Vorfälle wiederholen, so sehe ich mich genötigt, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung die öffentlichen Versammlungen, die von Ihrer Partei beabsicht werden, vorbeugend zu **verbieten**, da erwartet werden kann, daß durch das Abhalten Ihrer Versammlungen weitere Gefahren für die öffentliche Sicherheit eintreten werden

gez. **Grzesinski**

Auch an die Nationalsozialisten hat der Berliner Polizeipräsident ein Schreiben gerichtet, in dem er ein vorbeugendes Versammlungsverbot ankündigt. Bezeichnenderweise ist das Schreiben an die Nazis nicht begründet mit den Dutzenden von organisierten Ueberfällen auf Arbeiterversammlungen, sondern damit, daß Polizeibeamte in einer Naziversammlung beschimpft wurden.

Schon diese verschiedenartige Begründung für ein Versammlungsverbot beweist, in welcher Richtung der Sozialdemokrat Grzesinski „energisch durchgreifen" will.

Dieses angedrohte Verbot richtet sich **nur gegen die Kommunistische Partei.** Die Führer der „Eisernen Hindenburgfront" fürchten die rote Versammlungslawine der KPD. Jede kommunistische Massenversammlung, in der die Arbeiter über das wahre Wesen der „Eisernen Front" des Lohnabbaues und Sozialabbruchs, der Notverordnung und Hindenburgpolitik aufgeklärt werden, bedeutet einen **Schlag gegen dieses hohle Gebäude aus Blech.** Das ist eine der wichtigsten Ursachen für das angedrohte Versammlungsverbot gegen die KPD.

Der Erlaß des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten ist zugleich in der Linie des **allgemeinen verschärften faschistischen Angriffes auf die unter den Auswirkungen der Notverordnung**

---

10 Mark

überwies die Ortsgruppe Heidenau zur Finanzierung der Arbeit auf dem Lande der UBL.

Welche Ortsgruppe macht es Heidenau nach?

---

bitter notleidenden Massen. Nach dem Lohnabbau soll ein neuer **Abbau** aller Unterstützungen und sozialen Renten notverordnet werden. Hand in Hand mit diesen Schlägen auf den Magen der Arbeiter führen die Kapitalisten andere, härtere Schläge gegen das Proletariat.

Die neue Welle von **Verboten der kommunistischen Presse** zeigt diese Absicht besonders deutlich.

Aber überall formiert sich die rote Einheitsfront im Kampf Klasse gegen Klasse, marschieren die roten Arbeiterbataillone unter Führung der Kommunistischen Partei in den Präsidentschaftswahlkampf gegen Hindenburg, den General der Kapitalisten, für Ernst Thälmann, den roten Kandidaten der deutschen Arbeiterklasse!

Japan gibt sein Ziel in China offen zu:

Imperialistischer Raubkrieg zur Niederschlagung der Sowjetgebiete

Schanghai, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Sonderberichterstatter des **Matin** hatte eine Unterredung mit dem japanischen Gesandten in China, **Schigemitsu**, der wörtlich folgendes erklärte:

„Erst kürzlich hat Amerika in Nikaragua interveniert und seine Politik mit Waffengewalt durchgesetzt. Frankreich seinerseits hat in Marokko, dessen anarchistische Zustände eine große Gefahr für Algier bedeuten, Ordnung geschaffen... Warum also diese Opposition gegen Japan, das dem anarchistischen China, das bereits zu einem Drittel von den Kommunisten beherrscht wird, der furchtbaren und in den Analen des Landes einzig dastehenden Unordnung ein Ende zu machen versucht ..."

Der Sonderberichterstatter des Matin bemerkt: „Es ist notwendig hinzuzufügen, **daß diese Empfindungen von einer großen Mehrheit der ausländischen Bevölkerung in Schanghai geteilt werden, was übrigens auch aus den lokalen Zeitungen hervorgeht."**

Japan vergleicht China mit der amerikanischen Kolonie Nikaragua. **Betrachtet also das chinesische Riesenreich bereits als Eigentum und hält sich durchaus für berechtigt, dort im imperialistischen Sinne mit Bombardements und Massenblutbädern „Ordnung" zu schaffen.** Noch nie hat Japan so offen ausgesprochen, daß sein Ziel in Innerchina **die Intervention gegen die Sowjetgebiete ist, in denen bereits 70 Millionen Arbeiter und Bauern leben.** Die Eroberung der Hafenstädte soll zur Voraussetzung dafür schaffen, einen barbarischen Feldzug gegen die chinesischen Sowjets zu unternehmen.

Vor einer neuen japanischen Offensive

Genf, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Vertreter Japans **haben den Regierungen von Frankreich, Amerika und England mitgeteilt, daß die letzten in Schanghai vorgenommenen militärischen Operationen mit der Räumung der japanischen Truppen geendet haben und daß es dabei „Japan für unumgänglich hält, zur Wiederherstellung seines Ansehens sofort die Offensive zu ergreifen".** Daraufhin hat der **Völkerbundsrat** in Genf die von China geforderte **außerordentliche Ratstagung abgelehnt** mit der Begründung, man habe allgemein auf dem Standpunkt, daß für den Rat im Augenblick **kein Anlaß** zur Einberufung der Versammlung vorliege.

Entfacht den Sturm gegen die Kriegsverbrecher!
Verteidigt die chinesischen Sowjetgebiete!

Das Steuer ist herumgeworfen!

Gaswerk Reick und Seidel & Naumann antworten dem Sachsenwerk

Die RGO-Betriebsgruppe des Gaswerks Reick antwortet auf die Herausforderung des Sachsenwerks: Sie warb Donnerstag 13 neue Volkswächterleser!

Endlich hört man wieder etwas von der Zelle S. u. N. und diesmal nichts Schlechtes:

In einer Woche gewann die Zelle

20 neue Echoleser und 11 neue RGO-Mitglieder!

Wo bleiben Anton Reiche, Universelle, Wiesner? Heraus mit den Werberesultaten!

Königsbrück Soll um 30 Prozent überboten

Die Ortsgruppe Königsbrück zeigt, daß man noch mehr machen kann, als die Partei verlangt. **Ihr war ein Soll von 25 neuen Echolesern gestellt worden. Sie hat aber 45 bis jetzt geworben** und will heute und am Sonntag noch weitere große Vorstöße machen. Den unermüdlichen Werbern im schwarzen Königsbrück ein kräftiges Rot Front!

Die 1. Abteilung, Dresden-Altstadt, des Kampfbundes gegen Faschismus warb gestern

18 Echoleser in 4 Stunden!

Wo bleiben die anderen Abteilungen? Resultate müssen sofort gemeldet werden an das Büro Konkordienstraße 18.

Im Wettbewerb der Massenorganisationen

bei der Werbung für das Illustrierte Volksecho steht der IB an der Spitze. Er meldet als Teilergebnis

139 Abonnenten

Die RH brachte erst 12! Die anderen Organisationen melden noch nichts!

41 Leser für das Volksecho von einem neuen Parteimitglied geworben!

In Hockendorf hat der Genosse Richter, der erst kürzlich in die Partei eingetreten ist, 41 Echoleser geworben.

Dohna gewann bei der Großwerbung 11 neue Parteimitglieder und 40 neue Echoleser. Genosse Max R. warb in einer Versammlung am 2. Februar allein 6 Parteimitglieder.

Schlegel b. Zittau kann triumphierend melden: 40 neue Abonnenten geworben.

Krumhermsdorf gewann Donnerstag abend in einer öffentlichen Versammlung 12 neue Abonnenten! Bravo! Zeigt sich man auch aus dieser Ecke etwas Gutes.

Blutige Naziprovokation in Zittau

30 Verletzte in einer Versammlung

Zittau, 13. Februar

Gestern abend veranstalteten die Nationalsozialisten eine Arbeitslosenversammlung, in der sie die zahlreich erschienenen **Erwerbslosen durch freche antikommunistische Hetze provozierten. Als daraufhin ein Empörungssturm einsetzte, kommandierte der Versammlungsleiter die anwesende Polizei zur Räumung des Saales. Es kam hierauf zu einem schweren Handgemenge, dessen Verlauf nach Angabe der Polizei 30 Teilnehmer verletzt wurden.** Die Einrichtung des Versammlungssaales ging in Trümmer.